



Das Bürgerinteresse an der Ratssitzung war angesichts der geplanten Steuererhöhung und der Entscheidung über das umstrittene Gewerbegebiet Schürenfeld groß. Durch die Vertagung der Haushaltsverabschiedung hat sich die Politik Luft verschafft. Die Stadtverwaltung nutzt die Zeit für eine Ratsstift-Runde. Foto: Drawe

# Stoßdämpfer statt Steuerbremse

## Der Haushalt ist vertagt, was jetzt? Kämmerer erstellt „Giffliste“ mit empfindlichen Sparvorschlägen

Von Anke Jacobi

Fröndenberg. Mit der Vertagung des Haushaltes hat die Politik sich eine Atempause verschafft. An den Fakten ändert sich aber erst einmal nichts. Nun müssen Politik und Verwaltung Ausschau halten nach einer wirkungsvollen Steuerbremse.

Momentan sind nur drei Möglichkeiten in Sicht. Eines vorweg: Alle drei sind weniger Steuerbremse, als vielmehr vage Stoßdämpfer, die die drastische Anhebung der Grundsteuer B abfedern könnten.

Erstens: Die Stadt lotet so viele Einsparpotenziale aus, dass die Anhebung moderater ausfallen kann.

Zweitens: Der Haushaltsausgleich wird verschoben.

Drittens (und mit wenig Hoffnung hinterlegt): Kreis oder Land sorgen mit einer Senkung der Umlage oder höheren Zuweisungen dafür, dass Fröndenberg finanziell besser dasteht.

Die erste Möglichkeit will Kämmerer Günter Freck unter die Lupe nehmen. Er kündigt an, den Haushalt noch einmal einer „Intensiv- und schmerzhaften Prüfung“ zu unterziehen. Die „Giffliste“ mit seinen Sparvorschlägen will er im Januar der Politik vorstellen, die voraussichtlich am 24. Februar in der nächsten Ratsitzung erneut über den Haushalt entscheiden muss.

### Umfrage

Würde die Erhöhung der Grundsteuer B die Haushalts-situation Fröndenbergs nachhaltig verbessern?

Nein, eine Steuererhöhung allein reicht nicht aus, um die Stadt langfristig finanziell auf gesunde Füße zu stellen.

35%

Ja, höhere Steuereinnahmen reichen völlig aus. Es braucht im Gegenzug keine Sparmaßnahmen.

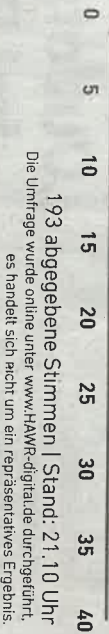
24%

Eine Erhöhung der Grundsteuer B ist zu schmerzhaft für den Bürger. Die Stadt muss Alternativen suchen.

36%

Dazu habe ich keine Meinung.

5%



193 abgegebene Stimmen | Stand: 21.10 Uhr

Die Umfrage wurde online unter [www.HAWR-digital.de](http://www.HAWR-digital.de) durchgeführt, es handelt sich nicht um ein repräsentatives Ergebnis.

Das bisherige Meinungsbild, das unsere Online-Befragung ergibt, ist überraschend differenziert.

Graphik: Heine

Dass es diese „Giffliste“ in sich haben wird, ist absehbar. Kündigt Freck doch an: „Das bisschen, das wir noch an freiwilligen Leistungen wie Sportförderung und Zuschüsse ans Ehrenamt haben, ist gering. Ich werde keine dicken Beträge finden, die sich nicht direkt empfindlich vor Ort auswirken, wenn wir sie streichen.“ Und das sei gerade „in Zeiten, in denen wir das Ehrenamt so sehr brauchen“, fatal. „Wenn es vonseiten der Politik keine

## Bürgermeinung ist durchaus geteilt

### Große Resonanz auf Online-Befragung

Aufmerksam verfolgen die Bürger die Diskussion von Stadtverwaltung und Politik über die massive Anhebung der Grundsteuer B. Darauf deuten nicht nur die 297 Einwendungen und 90 Bürgeranträge hin, die bei der Verwaltung eingingen. Auch an unseren, nicht repräsentativen, Umfrage im Internet beteiligten sich bis Donnerstag, 21.10 Uhr 193-interessierte Leser.

Das Meinungsbild, das sich in der seit Mittwoch geschalteten Online-Befragung abzeichnet, ist überraschend differenziert. So ist etwas mehr als jeder Dritte der Meinung, dass eine Erhöhung der Steuer

unterworfen“, hatte Freck schon in der Ratsitzung betont. Schließlich muss am Ende ein genehmigungsfähiger Haushalt stehen und im Falle Fröndenbergs spätestens 2017 auch ein ausgeglichener.

Doch genau hier, an der Möglichkeit zwei, setzt „der einzige Hoffnungslauf“ für die Ruhmstadt an: Lenkt die Finanzaufsicht ein, lässt Fröndenberg den Haushaltsausgleich auf 2020 verschieben, müsste die Anhebung der Grundsteuer B für 2016 nicht ganz so drastisch aus-

den selben Problem zu stehen wie heute. Und was die Politik heute an Mut vermissen lässt, würde sie 2019 – im Jahr vor der Kommunalwahl – wahrscheinlich noch weniger aufbringen.

Die dritte Möglichkeit – Kreis und/oder Land sorgen für eine bessere Finanzausstattung? Da greift wohl das Motto „die Hoffnung stirbt zuletzt“. Gerade erst sorgt das Land wieder für Ummut angesichts der Verteilung der Gelder für die Versorgung der Flüchtlinge, die sich in Fröndenberg erneut negativ